

Newsletter AntiraWatch:

Corona & die Folgen für Geflüchtete



Corona & die Folgen für Geflüchtete/ Evakuierung der EU-Elendslager jetzt!/ Bleiberecht durch Beschäftigung sichern!

Mit aller Wucht ist die zweite Welle auch in Deutschland angekommen – folglich wird Corona auch in Kürze wieder die Debatten über die Rechte und Bedarfe finanziell benachteiligter und an den gesellschaftlichen Rand gedrängter Menschengruppen bestimmen. Es ist an uns, die Situation marginalisierter Menschen im Blick zu behalten, jener Menschen, denen grundlegende Rechte vorenthalten sind, deren Gesundheitsversorgung, materielle Ressourcen und Recht auf selbstbestimmtes Wohnen eingeschränkt sind. Dazu gehören neben Wohnungslosen, Sozialleistungsempfänger*innen und Inhaftierten auch Geflüchtete.

Im Landtag macht sich DIE LINKE derzeit für einen gleichberechtigten Zugang von marginalisierten Menschen zur Gesundheitsversorgung, für deren sichere Unterbringung, für die Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland und Verbesserungen der defizitären Regelungen für Geflüchtete in Ausbildung und Arbeit stark.

Dezentrale Unterbringung für alle!

Doch zunächst zur besonders prekären Situation von Geflüchteten, die während der Corona-Pandemie in Massenunterkünften, explizit den sächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen, wohnen müssen: Zum 19. Oktober 2020 lebten in den insgesamt 12 Standorten in Sachsen fast 1900 Menschen. Und es geschah, was geschehen musste: Im September 2020 wurden Corona-Infektionen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Dölzig (Nordsachsen) und in der in der Hamburger Straße in Dresden bekannt. Während Dölzig im Zeitraum der Testung aller Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen vier Tage unter Komplettkwarantäne stand, wurden in der Hamburger Straße einzelne Betroffene isoliert. Ganz anders in der EA Bremer Straße: Dort mussten die fast 200 Bewohner*innen von Mitte bis Ende Oktober eine Komplettkwarantäne über sich ergehen lassen. Die Tests förderten 32 positive Ergebnisse bei Bewohner*innen und ein positives Ergebnis bei einem Bediensteten des Wachschutzes zutage. Die Infizierten wurden im Hammerweg in Dresden isoliert.

Bewohnerinnen und Bewohner von Sammelunterkünften sind besonders infektionsgefährdet – dies ermittelte das Robert-Koch-Institut bereits im August und sprach sich in seinen anfänglichen Empfehlungen gegen Komplettkwarantänen von Massenunterkünften aus. Auch das Kompetenznetz Public Health COVID-19 rät davon ab, große Unterkünfte unter Kollektivquarantäne zu stellen. Das Infektionsrisiko werde so nicht verringert, vielmehr seien damit negative psychosoziale Folgen und Grundrechtseingriffe verbunden. Stattdessen wird eine dezentrale Unterbringung empfohlen (siehe Pressemitteilung vom 19.10.2020). Dieses politische Ziel wird seit Monaten von der sächsischen Regierung weder aufgegriffen noch realisiert. Nach einem Treffen der für die Unterbringung in den EA zuständigen Landesdirektion Sachsen und Betreiber*innen der EA in Sachsen hieß es am 20.10.2020: „Ziel ist vor allem zu verhindern, dass





Zugang zu guter Gesundheitsversorgung für alle garantieren und organisieren!

Am 12. Oktober 2020 fand im Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt eine öffentliche Anhörung zum Antrag der Linksfraktion: „Als Lehre aus der Corona-Krise den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung für alle garantieren und organisieren!“ (Drucksache 7/3263:

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=3263&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=0&dok_id=undefined) statt.

Die Aussagen in der Anhörung waren klar und deutlich: Wer Beitragsrückstände hat, erwerbslose EU-Bürger*in ist, keinen geregelten Aufenthaltsstatus hat oder aus sonstigen Notlagen nicht versichert ist, erhält nur schwer Zugang zu unserem Gesundheitssystem. Das ist in Zeiten der Pandemie besonders gefährlich, nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern für die gesamte Gesellschaft. Die Vertreter*innen von Medinetz Dresden und Cabl e.V. Leipzig schätzen die Zahl von Nicht-Versicherten in Sachsen auf über 17.000.

Die Anhörung zeigte umso nachdrücklicher, dass wir in Sachsen dringend ein flächendeckendes, mit aufsuchender Sozialarbeit gekoppeltes Netz von Anlaufstellen für Menschen ohne Krankenversicherung brauchen. Auch diejenigen, die aufgrund einer besonderen Lebenssituation durch Armut, Wohnungslosigkeit oder fehlenden Aufenthaltsstatus nicht zum Arzt gehen können, benötigen Zugang zu medizinischer Versorgung. Nur so kann die Integration der betroffenen Menschen in die öffentliche Gesundheitsversorgung gelingen. Nötig sind anonymisierte Krankenscheine zur Sicherung der Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung oder Aufenthaltsstatus. Außerdem brauchen wir Testmöglichkeiten bei Verdacht auf COVID-19, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss in ganz Sachsen in die Lage versetzt werden, Menschen in prekären Lebenslagen stärker zu unterstützen!



EU-Hotspots: Wer jetzt nicht handelt, macht sich der unterlassenen Hilfeleistung schuldig!

Am 9. September brannte das Elendslager Moria auf den griechischen Insel Lesbos ab. Wir haben dies auch in Sachsen zum Anlass genommen, die dramatische Situation der zehntausenden Menschen auf den griechischen Inseln zu thematisieren und die Verantwortung, die auch wir für eine Beendigung der dortigen menschenunwürdigen Zustände haben, herauszustellen

Der Antrag der Linksfraktion #LeaveNoOneBehind: Jetzt erst recht - Geflüchtete aus Flüchtlingslagern in Griechenland in Sachsen aufnehmen! wurde zwar am 14. September 2020 im Sozialausschuss des Sächsischen Landtages abgelehnt. Wir haben trotzdem die Möglichkeit genutzt, den Antrag ins Plenum des Landtages zu ziehen, und ihn dort erneut zur Debatte gestellt. Die Mehrheit der Regierungskoalition (CDU, Grüne, SPD) und die AfD lehnen unser Begehren weiterhin ab. Trotz anderslautender Versprechungen von SPD und Grünen hat sich Sachsen bis dato lediglich bereit erklärt, 145 Geflüchtete aufzunehmen: 70 laut Zusage der Koalition aus dem Juni und weitere 75 bereits anerkannte. Damit nimmt Sachsen so viele Geflüchtete aus Griechenland auf, wie nach Königssteiner Schlüssel von den insgesamt 2750 Personen, für die die Bundesrepublik eine Aufnahmezusage gemacht hat, sowieso hierher verteilt worden wären. Im Moment spitzt sich die Lage auf den Inseln durch Corona und die kalte Jahreszeit samt Regengüssen weiter zu. Wir bleiben dabei: Es muss dringend gehandelt werden. Meine Rede aus dem September-Landtagsplenum findet sich zum Nachlesen und -sehen:

<https://jule.linxxnet.de/moria-wer-jetzt-nicht-handelt-macht-sich-der-unterlassenen-hilfeleistung-schuldig/>

Für Informationen von vor Ort: Twitter: @DunyaCollective, Telegram: <https://t.me/dunyacollective>

Indessen setzt die Stadt Leipzig ein wichtiges Zeichen, indem sie mit

Beschluss des Stadtrates dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beigetreten ist, einem Verbund deutscher Städte, welche sich für die Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter stark machen. Auf Antrag der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat wurde zudem eine ideelle Patenschaft mit dem neuen Seenotrettungsschiff der Mission Lifeline beschlossen.

<https://jule.linxxnet.de/stadt-leipzig-geht-humanistisch-voran-beitritt-zum-buendnis-staedte-sicherer-haefen-patenschaft-mission-lifeline/>

Jenseits der Kreisfreien Städte sieht es mit der Aufnahmebereitschaft in Sachsen nicht so rosig aus. Eine Übersicht zu Beschlüssen und Initiativen in Kommunalparlamenten findet sich hier:

<https://jule.linxxnet.de/saechsische-aufnahmebereitschaft-sammlung-kommunaler-entscheidungen-zur-aufnahme-von-gefluechteten-aus-griechenland/>

(Wenn Informationen fehlen oder ihr selbst kommunal Initiative ergreifen wollt, meldet euch gern!)



Rechts- und Planungssicherheit für Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung schaffen!

Viel wurde in den letzten Jahren über den so genannten Spurwechsel diskutiert, der es Geflüchteten, die hier in Ausbildung und Arbeit sind, ermöglicht, einen sicheren Aufenthalt zu erlangen. Nicht nur NGOs, sondern auch Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sprachen sich für entsprechende klare Regelungen aus. Mit der 2016 geschaffenen Ausbildungsduldung ist ein bürokratisches, unsicheres Instrument geschaffen worden, seit 2020 mit der Beschäftigungsduldung ein weiteres. Beide Instrumente schaffen insofern keine Sicherheit, als dass sie nicht mit einer Aufenthaltsgenehmigung verbunden sind.

Zudem ist die Anwendungspraxis in Sachsen sehr verschieden. Ich frage regelmäßig ab, wie in den sächsischen Landkreisen und Kreisfreien Städten vom Instrument der Ausbildungsduldung und neuerdings auch Beschäftigungsduldung Gebrauch gemacht wird (die ausgewerteten Daten finden sich beim Sächsischen Flüchtlingsrat: <https://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/publikationen/zahlen-und-grafiken/>).

Mit einem Antrag fordert die Linksfraktion jetzt eine landesweit einheitliche Anwendungspraxis für geduldete Geflüchtete in Ausbildung und Arbeit. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der grundverschiedenen Praxen der lokalen Ausländerbehörden geboten. Wie im Koalitionsvertrag fixiert, sollte das Land schleunigst mit einem Erlass klären, dass Geflüchtete in ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen durch die Erteilung einer Ermessensduldung oder sogar Aufenthaltserlaubnis eine Bleibeperspektive bekommen.

Außerdem wollen wir, dass Geflüchtete in Ausbildung und Arbeit keine Nachteile durch die Corona-bedingten Einschränkungen haben. Die Regierung muss Sonderregelungen schaffen, damit Geflüchteten durch Ausbildungs- oder Arbeitsplatzverlust oder Verdiensteinbußen keine Nachteile beim Zugang zu Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung entstehen.

<https://jule.linxxnet.de/bleibeperspektive-fuer-gefluechtete-menschen-foerdern-rechts-und-planungssicherheit-fuer-ausbildungs-und-beschaefigungsduldung-schaffen/>



Der Antira-Landtag-watch-Newsletter wird weiter über parlamentarische Initiativen und Perspektiven zu Migrations- und Asylpolitik in Sachsen informieren.

Beim nächsten Mal wird es u.a. um die Abschiebep Praxis unter der schwarz-grün-roten Regierung gehen. Bleibt gesund und solidarisch!